

Standorte: Auf der Suche nach einem Amtssitz für die k. k. Geologische Reichsanstalt im Rahmen des Stadterweiterungsprojektes der Stadt Wien

HERBERT KOVACIC

Herbert Kovacic, Ziegelofenstraße 38, A 2301 Groß-Enzersdorf
herbert.kovacic@gmx.at

Einleitung

Die k. k. Geologische Reichsanstalt wurde in der Periode des Umbruchs und staatlicher Reformen nach 1848 gegründet, also noch vor der Zeit, die wir heute gerne als die Ringstraßenära bezeichnen. Die neue Einrichtung kam vorerst im Gebäude des k. k. Hauptmünzamt am Heumarkt unter, dort, wo ihre Vorgängereinstitution, das k. k. Montanistische Museum, bereits ihren Platz hatte.

Doch 1851 bestimmten die zuständigen ministeriellen Stellen das Palais Rasumofsky als neuen Standort, wobei auch dieses Objekt zunächst noch als provisorische Unterbringung verstanden wurde. Letztlich aber blieb die k. k. Geologische Reichsanstalt bis zur Übersiedlung im Jahr 2005 in diesem Gebäude. Damit hatte sie im Laufe der mehr als 160 Jahre insgesamt drei Amtssitze bezogen. Dass eine Unterbringung auch innerhalb des großen Ringstraßenprojektes vorgesehen war, ist aber bisher kaum thematisiert worden.

Die Geschichte der aus der k. k. Geologischen Reichsanstalt hervorgegangenen Geologischen Bundesanstalt wurde anlässlich der Feier ihres 150-jährigen Bestandes bereits im Jahr 1999 umfassend dargestellt, weshalb in diesem Beitrag das bisher nicht bekannte Detail einer Berücksichtigung im Rahmen der Ringstraßenplanung behandelt werden soll.

Mein Forschungsinteresse konzentriert sich auf die diversen vorgeschlagenen, nicht realisierten Projekte der Errichtung eines eigenen, der k. k. Geologischen Reichsanstalt gewidmeten Gebäudes. Dabei werden die Lage, die Umgebung des Vorhabens sowie dessen Entfernungen zur Ringstraße, zur Hofburg sowie anderen öffentlichen Institutionen (zu den Museen, zu den Galerien und zur Universität) in Augenschein genommen. Denn dieses Jahrhundertprojekt der Stadterweiterung sprach im Planungsstadium von Seiten der Architekten den untergebrachten Einrichtungen ganz unterschiedliche Bedeutungen zu, entsprechend wurden sie auch in der Stadttopografie vorgesehen und verortet.

In diesen Projektentwürfen wurden verschiedene Standorte entlang der Ringstraße überlegt, von denen in räumlicher Hinsicht jene, die in Nähe zu anderen prestigeträchtigen Gebäuden und zum kaiserlichen Hof vorgesehen waren, hier angeführt werden sollen. Wie sehr die k. k. Geologische Reichsanstalt (in weiterer Folge GRA genannt) von staatspolitischen Umständen und den handelnden Personen der Zeit abhängig war, wird sich belegen lassen. Mit der organisatorischen Zuordnung der GRA an das Innenministerium im Jahr 1853 ergab sich eine interessante Perspektive, da dieses Ministerium die Verantwortlichkeit für das Wiener Stadterweiterungsprojekt erlangt hatte. Der zuständige Innenminister beabsichtigte nämlich im Rahmen des 1857 international ausgeschriebenen Architektenwettbewerbes ein geeignetes Gebäude für die GRA entwerfen zu lassen. In der Aussendung des Innenministeriums wurde die Anzahl der geplanten öffentlichen Gebäude ausdrücklich um jenes für die k. k. Geologische Reichsanstalt erweitert.¹

Nicht alle Architekten kamen allerdings diesem Auftrag nach, dennoch lassen sich einige Entwürfe für den Ringstraßenbau anführen, die untermauern, dass die GRA zu diesem Zeitpunkt reale Aussichten auf ein eigenes Gebäude im Rahmen des Stadterweiterungsprojektes hatte. Mit den räumlichen Konstellationen der neu konzipierten Gebäude wurde nach Jahrzehnten architektonisch eine Ordnungsstruktur geschaffen², die repräsentative Aufgaben erfüllte. Es nimmt nicht wunder, dass in Zeiten des Neoabsolutismus dieser neu geschaffene Stadtraum auf den Staat, repräsentiert durch die Person des Kaisers, als Zentrum ausgerichtet war.³

Die ganze Stadterweiterung hob die Macht der Regierenden und Besitzenden hervor, und sie verdeutlichte die Herrschaftsverhältnisse im Vielvölkerstaat. Der Bau und Besitz eines Ringstraßenpalastes bereicherte nicht nur die Prachtstraße, sondern verlieh dessen Bewohnern und Besitzern hohes Ansehen. Deshalb mussten die Mitarbeiter der GRA am Anfang der Ringstraßenära ein Interesse daran haben, dass ihre Institution ein eigenes Gebäude im Kontext der Ringstraße erhielt, womit sich die Wertschätzung und das Prestige dauerhaft in der Öffentlichkeit und in der Topografie abgebildet hätte.

¹ Die offiziellen Vorgaben wurden im Allerhöchsten Handschreiben vom 24. Dezember 1857 definiert und am 25. Dezember 1859 im Amtlichen Teil der Wiener Zeitung Nr. 296 veröffentlicht. Siehe Seite 35f in diesem Beitrag.

² Martina Löw / Silke Steets / Sergej Stoetzer, Einführung in die Stadt und Raumsoziologie (Opladen & Farmington Hills 2008) 61-65.

³ Löw / Steets / Stoetzer, Einführung in die Stadt und Raumsoziologie, 56.

Zur Entstehungsgeschichte der geologischen Sammlungen

Bereits im 16. und 17. Jahrhundert bestand ein reges Interesse an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, wobei bemerkenswerte Formen der belebten und unbelebten Natur und künstlerische Artefakte in Kunst- und Kuriositätensammlungen aufbewahrt wurden. Derartige Sammlungen entstanden an Höfen und Klöstern, z.B. in Halle oder in Kremsmünster⁴, wobei sie der Repräsentation und wissenschaftlichen Arbeit dienten.⁵ Am Ende des 18. Jahrhunderts rückten die „Erdwissenschaften“ ins Zentrum des Interesses. Während in England und Frankreich die Geologie (anfänglich im deutschsprachigen Raum als Geognosie bezeichnet) von hochadeligen Liebhabern betrieben wurde, interessierten sich in den habsburgischen Ländern vorwiegend bürgerliche Intellektuelle und Beschäftigte im Montanwesen für die Erkenntnisse dieser jungen wissenschaftlichen Disziplin.⁶ Die Forschungen führten Anfang des 19. Jahrhunderts zur Gründung geognostischer Vereine und den von ihnen getragenen Einrichtungen in Form von Museen mit schulischem Charakter und auch als Forschungsstätten. Das praktische Interesse an den Erdwissenschaften war enorm; in Oberösterreich, der Steiermark, in Tirol und in Vorarlberg gründeten bürgerliche Intellektuelle, meist mit Unterstützung Erzherzog Johanns⁷, geognostisch-montanistische Vereine, deren Mitglieder sowie auch beauftragte „Begehungscommissäre“ die Berge ihres Heimatlandes bestiegen, Gesteinsproben sammelten und Vermessungen durchführten.⁸ Das Ergebnis bestand aus ersten Daten zu einer geologischen Landesaufnahme, in der die Lagerstätten ausgewiesen wurden, womit sie sich im Bergbau und damit für die wirtschaftliche Nutzung in Form der Energie- und Rohstoffgewinnung als hoch interessant

⁴ Die historiografischen Fakten und die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und finanziellen Probleme sowie die anderen „großen“ Projektziele (wie Verkehr, Märkte, Kanalisation, Kasernen, Theater und Museumsbauten oder auch die Grünflächen oder Baustile) können an dieser Stelle nur so weit berücksichtigt werden, wie es für das Verständnis der gewählten Problematik nötig erscheint.

⁵ Annelore *Rieke-Müller*, Bilder der Schöpfung – Repräsentation der Welt in Sammlungen im konfessionellen Kontext der Frühen Neuzeit, In: Veronika *Hofer* / Marianne *Klemun* (Hg.), Bildfunktionen in den Wissenschaften (=Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit, 7. Jg. 2007 Heft 1) 8-21, hier 15-20.

⁶ Wolfgang *Häusler*, „Bunte Steine“. Bildungs- und sozialwissenschaftliche Aspekte der österreichischen Erdwissenschaften im Zeitalter der bürgerlichen Revolution. In: Christina *Bachl-Hofmann* / Tillfried *Cernajsek* / Thomas *Hofmann* / Albert *Schedl* (Red.), Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre im Dienste Österreichs (1849-1999) (Wien 1999) 23-27.

⁷ Erzherzog Johann von Österreich (1782-1859) war in erster Linie an der wissenschaftlichen und industriellen Entwicklung des Staates interessiert. Anlässlich eines Gespräches (1822) mit dem Schweizer Eisenerzeuger Johann Gottfried Fischer kritisierte er die wirtschaftspolitischen Zustände in der Habsburgermonarchie hinsichtlich der Industrieförderung: „Unser hoher Adel tut und unternimmt nichts, und der niedere, dem die Mittel zu diesem fehlen, will durch Stolz und eine Lebensweise, denen die Einkünfte nicht genügen, das Ansehen aufrecht erhalten...“. In: Hans *Magenschab*, Erzherzog Johann. Bauer. Bürger. Visionär. (Wien/Graz/Klagenfurt 2008) 198.

⁸ Tillfried *Cernajsek*, Die geowissenschaftliche Forschung in Österreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Bundesanstalt in Wien, 41-46.

erwiesen. Durch den Zusammenschluss mehrerer bestehender Mineraliensammlungen (z.B. der Kollektionen des k. k. Hofmineralienkabinetts und der k. k. Hofkammer für das Münz- und Bergwesen) zu einer mineralogisch-geognostischen „Central-Sammlung“, die der k. k. Hofkammer für Münz- und Bergwesen unterstellt wurde, schuf deren damaliger Präsident August Longin Fürst von Lobkowitz (1797-1842) gleichzeitig auch eine praxisorientierte Ausbildungsstätte für Bergleute.⁹

Zur raschen Erweiterung der Sammlung hatten alle k. k. Ämter für Münz- und Bergwesen Erz- und Gesteinsproben an die *Central-Sammlung* abzugeben. Im Jahr 1835 wurde der Bau des k. k. Hauptmünzamtens auf dem Glacis (heute: Am Heumarkt 1), zwar sehr nahe, aber außerhalb der Stadt Wien errichtet, wo Lobkowitz diese im allerhöchsten Interesse stehende Institution unterbringen konnte. Als Leiter des k. k. Montanistischen Museums wurde der zuvor in Freiberg tätige Professor Friedrich Mohs (1773-1839) bestellt¹⁰, der bald darauf starb. Ihm folgte Wilhelm Karl Ritter von Haidinger (1795-1871) in dieser Position nach, er stand ihm von 1840 bis 1849 vor.

Die k. k. Geologische Reichsanstalt

Zum Regierungsantritt Kaiser Franz Josephs (1830-1916) am Ende des Revolutionsjahres 1848 erfolgten viele Reformen im Bereich der Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, die den Zweck hatten, an die Entwicklung der anderen europäischen Großmächte anzuschließen. Gleichzeitig gab es eine Regierungsumbildung: Ferdinand Edler von Thinnfeld (1793-1868) wurde Minister für Landeskultur und Bergwesen. Einige Monate später kam es zur Gründung der montanistischen Lehranstalten in Leoben und Příbram. Minister Thinnfeld war mit Wilhelm Karl Ritter von Haidinger verschwägert und stand in engem Kontakt zu ihm, weil er seine fachliche Kompetenz schätzte. Sie berieten sich über Fragen wissenschaftlicher Einrichtungen für die Geologie, und Thinnfeld präsentierte ihre zukunftsweisenden Vorstellungen dem Kaiser.

In einer bemerkenswert raschen Reaktion genehmigte der Kaiser in einem Allerhöchsten Handschreiben vom 15. November 1849 die „Errichtung einer Geologischen Reichsanstalt“ und stattete sie ihren Aufgaben angemessen aus (Kaiserlicher Erlass vom 15. November

⁹ Philipp *Schlesinger*, Lobkowitz, August Longin Fürst von. In: Constantin v. *Wurzbach*, Biographisches Lexikon, Bd. **15** (Wien 1866) 337-340.

¹⁰ Marianne *Klemun*, „Die Gestalt der Buchstaben, nicht das Lesen wurde gelehrt“. Friedrich Mohs' „naturhistorische Methode“ und der mineralogische Unterricht in Wien. In: ÖGW (**2004**) 43-60.

1849).¹¹ Das k. k. Montanistische Museum ging samt seinem Personal mit den Sammlungen und der Bibliothek in die k. k. Geologische Reichsanstalt über. Minister Thinnfeld ernannte Wilhelm von Haidinger zum ersten Direktor der neuen Anstalt, die an ihrem ersten Standort im k. k. Hauptmünzamt dann zwei Jahre verbleiben sollte.

Infolge des permanenten Mangels an offiziellen Gebäuden in der Altstadt wurden bereits in den 1830er und frühen 1840er Jahren mehrere Gebäude, wie das Hauptmünzamt oder das Hauptzollamt, an der äußeren Grenze des Landstraßer Glacis, noch vor der Vorstadt befindlich, erbaut. Dieser Standort hatte seine Tradition, befand sich doch seit dem 17. Jahrhundert an dieser Stelle das Münzscheidehaus. Ein Trakt in diesem Neubau war bereits 1835 für die Mineralien-, Gesteins- und Erzprobensammlung des k. k. Montanistischen Museums und einer Lehranstalt für Absolventen der Bergakademien zur Verfügung gestellt worden, ab 1849 war daraus die neu gegründete k. k. Geologische Reichsanstalt (in diesem Beitrag teilweise auch als GRA bezeichnet) geworden. Dem zuständigen Minister war bewusst, dass das Hauptmünzamt wegen des herrschenden Platzmangels infolge der ständig wachsenden Sammlungsbestände keine dauerhafte Bleibe sein konnte. Nach zwei Jahren erfolgte die Anmietung des Palais Rasumofsky durch den Staat, um eine Schule und die GRA provisorisch unterzubringen. Es war, in einer aufstrebenden Vorstadt gelegen, ein prestigeträchtiges Gebäude, in welches die Geologen 1851 übersiedelten.

Das Palais Rasumofsky befindet sich im heutigen 3. Wiener Gemeindebezirk in der Rasumofskygasse 23-25, 1030 Wien. Erbauen ließ es der russische Gesandte in Wien, der Graf und später gefürstete Andrej Kyrillowitsch Fürst Rasumofsky (1752-1836). Er hatte dafür zwischen Landstraße und Donaukanal zusammenhängende Gärten und Häuser in der damals als Rauchfangkehrergasse benannten Straße gekauft und beauftragte den Architekten Louis Montoyer (um 1749-1811) nicht nur mit dem Bau eines Palais, sondern auch mit der Errichtung einer großzügigen Gartenanlage. Rasumofsky legte Wert auf erlesene Baustoffe. Er war Kunstsammler, besaß wertvolle Gemälde und Kunstobjekte und interessierte sich auch für wissenschaftliche Kuriositäten.

Der Fürst ließ auch die ehemalige Rauchfangkehrergasse (bald Rasumofskygasse genannt) verbreitern sowie durch eine Brücke über den Donaukanal mit den Praterauen verbinden.¹²

¹¹ Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Reichsanstalt von 1849 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Bundesanstalt in Wien, 58f.

¹² Margarete *Girardi*, Das Palais Rasumofsky. Geschichte und Schicksale eines Alt-Wiener Palastes (Wien 1937) 6-8.

Bei einem Großbrand 1814 wurde die gesamte Gartenseite des Palais schwer beschädigt, Kaiser Franz I. (1768-1835) besuchte selbst den Fürsten an der Brandstelle. Als Fürst Rasumofsky starb, verkaufte die Witwe das Palais an den Fürsten Alois Josef von Liechtenstein (1796-1858), der es zehn Jahre als Ersatz für sein zu renovierendes Palais Liechtenstein im heutigen 9. Wiener Gemeindebezirk nutzte und danach an den Staat vermietete. Dadurch ergab sich zwar ein weiteres Provisorium für die GRA, aber dieser zweite Standort in der Geschichte der Institution bot den Beschäftigten für ihre Forschungstätigkeit ausreichend Platz. Trotzdem sollte dieses Mietobjekt nach der persönlichen Meinung des Innenministers 1857 durch ein eigenes am Ringstraßenboulevard situiertes Bauwerk ersetzt werden. Spätestens hier stellt sich die Frage nach der Attraktivität der GRA für die Regierungsstellen: Es war das wissenschaftliche Aufgabenfeld, welches diese hohe Wertschätzung evozierte, indem sich die Forschung auf das gesamte unter der Habsburger Dynastie stehende Territorium (also alle Kronländer der Monarchie) bezog. Das Gebirge mit seinen geologischen Formationen hielt sich nicht an die traditionell bestimmten Ländergrenzen. So korrespondierte die epistemische Zielsetzung mit der politischen, beides sollte ein Sinnbild für die angestrebte staatliche Einheit abgeben. Und somit kam das Forschungsziel, das gesamte Areal der Habsburgermonarchie geologisch zu erfassen und in einer Gesamtausgabe darzustellen (realisiert 1867), dem „Allerhöchsten“ Anliegen im Sinne einer österreichischen Staatsidee entgegen.¹³ Diese Einheit wurde seit dem Regierungsantritt Kaiser Franz Josephs im Dezember des Jahres 1848 zum Motto, die großösterreichische Staatsgeschichte (Gründung des Institutes für Österreichische Geschichtsforschung, 1854) und die Kunstgeschichte untermauerten diese Ausrichtung.¹⁴ Das Bemühen um die Reichseinheit wurde durch das Wappen der GRA, welches sich aus den Insignien der Habsburgermonarchie, dem persönlichen Wahlspruch des Kaisers „viribus unitis“ und den Wappen der Kronländer zusammensetzte, veranschaulicht.¹⁵

Solcherart gab sich die GRA das Bild einer treu ergebenden, politisch verlässlichen und daher der Förderung würdigen Institution. Wie sehr das Schicksal der GRA von den politischen Ereignissen beeinflusst war, lässt sich an den Auswirkungen der Verfassungskrise im Dezember 1851 erkennen:

¹³ Marianne Klemun, National „Consensus“ As Culture and Practice: The Geological Survey in Vienna and the Habsburg Empire (1849-1867). In: Mitchell G. Ash / Jan Surman (Ed.), *The Nationalization of Scientific Knowledge in the Habsburg Empire, 1848-1918* (New York 2012) 83-101.

¹⁴ Elisabeth Springer, *Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße*. (Wiesbaden 1979). In: Renate Wagner-Rieger (Hg.), *Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph*. 11 Bände, hier Band 2, 424-428.

¹⁵ Marianne Klemun, National „Consensus“, 86.

In diesem Zusammenhang erfolgte 1853 die Auflösung des Ministeriums für Landeskultur und Bergwesen, die GRA verlor ihren Mentor und wurde dem Innenministerium unter Alexander Freiherr von Bach (1813-1893) zugeordnet. Letzterer war im April 1852 nach dem Tode des Fürsten Felix zu Schwarzenberg (1800-1852) in einer innenpolitisch besonders heiklen Situation Innenminister geworden.

Vier Monate vor seinem Dienstantritt wurde die Märzverfassung durch das sogenannte Silvesterpatent aufgehoben, und damit wurden die in der Folge der Revolution erkämpften politischen Zugeständnisse de facto wieder rückgängig gemacht. Die Tätigkeiten des Ministers wurden auf das einem neoabsolutistischen System gemäß dem Prinzip eines ausführenden Organs reduziert. Bach verstand es dennoch, sich in dem reaktionär-klerikalen Umfeld einen gewissen Handlungsspielraum¹⁶ zu schaffen. Diese Freiheit kam der GRA, wie sich noch zeigen wird, durchaus zugute.

Obwohl es anfänglich schien, als ob Bach die Idee einer selbstständigen GRA nicht unterstützte, sondern sie, entsprechend der verbreiteten Meinung, in die k. k. Akademie der Wissenschaften eingliedern wollte, erwies sich der Innenminister im Laufe seiner Regierungszeit als beharrlicher Fürsprecher einer selbstständigen GRA. Es gelang Bach, diese Institution bis zu seiner Ablöse 1859 vor der Vereinigung mit der Akademie der Wissenschaften zu bewahren.

1859 war ein schwieriges Jahr für die Habsburgermonarchie. Der militärischen Niederlage von Solferino am 24. Juni folgte ein Friedensschluss am 11. Juli, der ein Finanzdesaster und eine Regierungskrise auslöste. Bach wurde als Innenminister von Agenor Graf Goluchowsky (1812-1875) abgelöst, und die Verantwortlichen für die GRA hatten ein weiteres Mal unter den politischen Gegebenheiten zu leiden.

Sie standen einem ihnen skeptisch gesinnten Innenminister gegenüber, der beim Kaiser die Verordnung vom 7. Juni 1860 erwirkte, die der GRA nur mehr die Funktion einer Abteilung innerhalb der Akademie der Wissenschaften zugestand. Damit schien sie ihre eigenständige Position im Palais Rasumofsky verloren zu haben. Die Vorstellung des Ministers, die Sammlungen im Barbarakloster unterzubringen, scheiterte am Gewicht der Sammlungsobjekte. Jedoch setzte sich bei einer Debatte im Reichsrat eine große Mehrheit für die Erhaltung der k. k. Geologischen Reichsanstalt ein.

¹⁶ Internetzitat vom 10.05.2011 aus „Österreich“, Microsoft® Encarta® Online-Enzyklopädie 2009. <http://de.encarta.msn.com> (abgefragt am 06.06.2011).

Zum Jahresende 1860 wurde Goluchowsky durch Anton Ritter von Schmerling (1805-1893) abgelöst, der die Rücknahme der Vereinigung der beiden wissenschaftlichen Einrichtungen beim Kaiser erwirken konnte.¹⁷

Die Stadterweiterung Wiens

Bereits vor dem 19. Jahrhundert hatten sich um die Wiener Stadtbefestigungen weitläufige Siedlungsgürtel gebildet. Diese waren aus den Nachbardörfern entstanden und erweiterten nach und nach die Stadtlandschaft. Die Funktion dieser Dörfer hatte sich im Laufe der Zeit vom Nahrungslieferanten für die Stadt zur Produktionsstätte von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben (z.B. Fuhrdienste) und sogar zum Nahrungsmittellager der Stadt erweitert. Die Entwicklung der Vorstädte entsprach dem europäischen Städtemuster, wobei sie im Falle Wiens den Wohnraummangel in der Altstadt kompensierten.

Die Wiener Vorstädte wurden seit Anfang des 18. Jahrhunderts durch den sogenannten Linienwall geschützt. Die Dörfer außerhalb des Linienwalles (es waren jene Vororte, die heute die äußeren Bezirke bilden) konnten bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre dörflichen Strukturen bewahren, doch waren sie auch bereits Hoffungsgebiet für verschiedene Interessenten: Sie boten Raum für Fabriken, die aus der Sicht der Militärs und der Polizeistellen möglichst stadtfern errichtet werden sollten, und sie verfügten über billigen Wohnraum für die armen Bevölkerungsschichten. Auch die Nahrungsmittel waren außerhalb des Linienwalles günstiger erhältlich, da ja an dessen Torbögen seit 1725 die Verzehrungssteuer eingehoben wurde.¹⁸

Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hatte demnach in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine ringförmige räumliche Struktur, die deutlich erkennbar vier sozial unterschiedliche Bereiche bildete. Der innerste Kern, die kaiserliche Stadtburg mit den Hofämtern und repräsentativen Bauten, lag zwar innerhalb der Stadtbefestigungen, war aber gegen die Altstadt abgegrenzt. Dieser Bereich war zum Identität stiftenden Symbol für das gesamte Habsburgerreich geworden und sein barocker Glanz sollte sowohl innerhalb der Monarchie als auch außerhalb wirken, er sollte an den anderen europäischen Höfen Anerkennung finden.

¹⁷ Karl Kadletz, „Krisenjahre“ zwischen 1849 und 1861. In: Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Bundesanstalt in Wien, 90. Siehe auch: Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Reichsanstalt von 1849 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Bundesanstalt in Wien, 67.

¹⁸ Franz *Baltzarek* / Alfred *Hoffmann* / Hannes *Stekl*, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadterweiterung (Wiesbaden 1975). In: Renate *Wagner-Rieger* (Hg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph. Insgesamt 11 Bände, hier Band 5, 16.

Die Reichsinsignien (Reichskrone, Krönungsornat, Reichsapfel, Szepter, Reichsschwert, Heilige Lanze u.v.a.m.) waren mehr als ein sichtbares Zeichen der Macht über die Länder der durch die Dynastie zusammengehaltenen Monarchie, ihre sakrale Würde und ihre enorme Symbolkraft¹⁹ strahlten über dem Herrscherhaus, der Hofburg und der Stadt Wien und verliehen diesen eine höhere Bedeutung. Um die Hofburg befand sich die zweite räumliche Struktur, die Altstadt mit den Stadthäusern des Hochadels, den Gebäuden der Kirche und der kirchlichen Orden, deren Bewohner zur sogenannten *ersten Gesellschaft* gehörten. Des Weiteren befanden sich hier die Amtsgebäude, die Repräsentationsbauten, die Theater, die Universität und die Häuser des niederen Adels sowie des reichen Bürgertums, der sogenannten *zweiten Gesellschaft*. Viele Gewerbebetriebe waren in die Vorstädte gezogen, und die Anzahl der Märkte erwies sich im Verhältnis zur Stadtbevölkerung als zu gering. Die wenigen Grünflächen der Stadt befanden sich vorwiegend in Privatbesitz. Der wachsende Hof- und Beamtenapparat benötigte immer mehr Raum innerhalb der Stadtmauern, wodurch selbst Repräsentanten des Großbürgertums in die Vorstädte verdrängt wurden, wo sie sich an den wichtigen Ausfallstraßen ansiedelten und der Vorstadt Prominenz verliehen. Auch die aufstrebende Wirtschaft musste sich zunehmend in den Vorstädten ansiedeln, nur das Textilviertel konnte sich in der Stadt halten.

Der Besitz eines Hauses in der Altstadt bedeutete enormes Prestige für seinen Inhaber. Die Verteidigungsanlagen bildeten einen engen Gürtel um die Stadt, sie begrenzten den knappen Raum und waren dem Leben in der Stadt eher hinderlich. Der räumliche Abstand zu den Vorstädten war beträchtlich, denn ihre zur Altstadt nächstliegende Grenze bildete die äußere Linie des freigehaltenen Schussfeldes, des Glacis, wodurch sich lange Verkehrswege in die Stadt ergaben, deren Leistungsfähigkeit durch die engen Torbauten behindert wurden. Dies machte die Anlieferung von Waren und Lebensmitteln umständlich, und die Fuhrwerke hatten lange Wartezeiten an den Toren, wodurch die vorhandenen städtischen Kapazitäten den Anforderungen einer Haupt- und Residenzstadt nicht mehr entsprachen. Im steigenden Ausmaß übernahmen die Vorstädte urbane Funktionen.²⁰ Sie bildeten nach dem Burgbereich und der Altstadt die dritte städtische Struktur.

Der mit dem 18. Jahrhundert beginnende Zustrom von Menschen aus allen Teilen des Reiches und allen sozialen Schichten verursachte eine immense Wohnungsnot. Da Wohnraum in der Stadt nicht mehr erschwinglich war, ließen sich die Neuankömmlinge in den Vorstädten

¹⁹ Die Wiener Schatzkammer <info@wiener-schatzkammer.at> (abgefragt am 03.06.2011).

²⁰ Renate *Banik-Schweitzer*, Verstädterung. In: Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs. Von der Revolution zur Gründerzeit. Katalog des NÖ Landesmuseums, Beiträge, Teil 1, N.F. **147** (Wien 1984) 163-167.

nieder, wodurch es zu deren raschen Ausbau kam. Der rasante wirtschaftliche Aufschwung führte zur Niederlassung vieler Gewerbetreibender. Dieser Umstand wurde durch deren Befreiung vom Bürgerrecht und vom Zunftwesen begünstigt, weshalb zahlreiche unbürgerliche Gewerbetreibende und Hofhandwerker die Vorstädte²¹ bevölkerten. Auch die bei Hof Tätigen und die Staatsbeamten sowie das Offizierskorps benötigten adäquaten Wohnraum.

Der ehemalige dörfliche Charakter, durchbrochen von einigen Adelssitzen, veränderte sich, vor allem entlang der Ausfallstraßen aus der Altstadt, und es bildeten sich rasch städtische Strukturen. Die ärmsten Zuwanderer, die Arbeiter und Tagelöhner, fanden auch in der Vorstadt keine Bleibe und wandten sich den außerhalb der Linie liegenden Vororten zu, die die vierte räumliche Struktur um Wien bildeten. Diese war zu dieser Zeit wahrlich nicht städtisch, sondern stellte die untere soziale Stufe der vier Raumstrukturen Wiens dar. Der billige Grund führte zu Betriebs- und Fabrikansiedlungen und damit zu Arbeitsplätzen für viele Tagelöhner und Arbeiter, die auf die günstigen Kosten für Wohnraum und Lebensmittel angewiesen waren. Die Arbeitermassen bildeten in den Augen der höchsten Stellen ein gefährliches Potenzial, weshalb man seitens der Regierung auf Intervention des Militärs diese Betriebsansiedlungen weit außerhalb der Altstadt und außerhalb des Linienwalls sehen wollte.

Der Meinungsbildungsprozess zur Demolierung der Fortifikationen

Die in den 1850er Jahren einsetzende öffentliche Diskussion über den weiteren Bestand oder die Abtragung der Befestigungsanlagen führte zu einer Bildung von zwei Parteien. Für die Erhaltung der Wiener Fortifikationsanlagen standen Militär und Polizei, die im Falle des Aufbruchs oder einer Revolution das Schließen der Stadttore angeordnet und somit die Arbeitermassen von der Innenstadt ferngehalten hätten. So wurde zum Beispiel nach 1848 die beschädigte Stadtmauer wiederhergestellt und die Franz-Josefs-Kaserne auf der Biberbastei errichtet.²² Viele Mitglieder des Hochadels traten für die Erhaltung der Stadtbefestigungen ein, um damit die soziale Barriere zu den Vorstädten beizubehalten.²³

²¹ *Baltzarek / Hoffmann / Stekl*, *Wirtschaft und Gesellschaft der Stadterweiterung*, 71.

²² Der Stellenwert des Militärs hatte sich nach 1848 gefestigt. Siehe *Baltzarek*, *Wirtschaft und Gesellschaft der Stadterweiterung*, 75. Siehe auch: Johann Christoph *Allmayer-Beck*, *Das Militär*. In: *Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs. Von der Revolution zur Gründerzeit*. Katalog des NÖ Landesmuseums, Beiträge, Teil 1, N.F. 147 (Wien 1984) 219-228.

²³ Elisabeth *Lichtenberger*, *Wirtschaftsfunktion und Sozialstruktur der Wiener Ringstraße* (Wien/Köln/Graz 1970). In: Renate *Wagner-Rieger* (Hg.), *Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph*. 11 Bände, hier Band 6, 198.

Die Befürworter einer Abtragung der Stadtbefestigung waren vorwiegend liberal gesinnte Bürger und Verwaltungsbeamte und einige wenige Adelige. Sie thematisierten das Versagen der Befestigung Wiens anhand der Geschehnisse in den Jahren 1809 und 1848 und verwiesen auf positive Erfahrungen jener europäischen Großstädte, deren Bürger die Verteidigungsanlagen beseitigt und ein Stadterweiterungsprojekt bereits realisiert hatten. Die Raumverhältnisse ermöglichten zwei Grundkonzepte der städtischen Verbauung: Die Boulevardallee, die wie eine barocke Sichtachse zu den Vorstädten führte, oder der Boulevardring, der den Raum der Stadtbefestigungen für einen ringförmigen, prächtigen Straßenzug nützte und die Verbindung von der Altstadt zu den Vorstädten bildete.²⁴

Für Wien bot das ringförmige Straßenkonzept die Lösung einer Reihe von Problemen, wie die Beseitigung einer wirtschaftlichen und sozialen Barriere und Platz für die dringend benötigten öffentlichen Gebäude. Die erhoffte Eliminierung der Wohnungsnot sollte sich jedenfalls erfüllen.

Vom „Allerhöchsten Kabinettschreiben“ zum Stadterweiterungsprojekt

Das Jahr 1857 brachte nach jahrelang andauernden Diskussionen und 25 nachweisbar erstellten Projektvorschlägen den wesentlichen Impuls zur Stadterweiterung. Im April forderte der Kaiser die Ministerkonferenz auf, „die so lange schwebende und immer dringender werdende Frage“²⁵ einer Lösung zuzuführen, worauf er im Juli den Entwurf eines Allerhöchsten Kabinettschreibens erhielt, welches er am 20. Dezember unterzeichnete und dem Innenminister sandte.

Damit begann für Wien und seine Vorstädte der Weg in die Moderne. Jahrelang wurde die Entscheidung zum Abbruch der Verteidigungsanlagen hinausgezögert, doch nun ging es Schlag auf Schlag. Bereits vier Tage später veröffentlichte Innenminister Bach das Kabinettschreiben in der Wiener Zeitung.

Am 30. Jänner war die „Concursausschreibung zur Erlangung eines Grundplanes“ fertig, und auch der Abgabetermin mit 31. Juli 1858 war für diese komplexe Aufgabe eine sehr knappe

²⁴ *Lichtenberger*, Wirtschaftsfunktion und Sozialstruktur der Wiener Ringstraße, 200.

²⁵ *Rudolf Wurzer*, Einleitung. In: *Rudolf Eitelberger von Edelberg*, Die preisgekrönten Entwürfe zur Erweiterung der Inneren Stadt Wien: mit sieben in der Kaiserlich-Königlichen Hof- und Staatsdruckerei in Farbendruck ausgeführten Plänen und einem erläuterndem Texte / von R. v. E. – Faks.-Dr. d. Ausg. Wien 1859 (Wien 1981). Siehe auch: *Elisabeth Springer*, Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße. (Wiesbaden 1979). In: *Renate Wagner-Rieger* (Hg.), *Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph*. 11 Bände, hier Band 2, 312-318.

Vorgabe.²⁶ Der kaiserliche Auftrag ging weiter als die bisher vorgeschlagenen Projekte, da die gesamten Fortifikationen und Gräben und das Glacis aufgelassen und der gewonnene Baugrund verkauft werden sollte.²⁷ Frühere Projekte hatten nur Teile der Stadtbefestigungen beansprucht und teilweise einfachere Ersatzbauten dafür vorgeschlagen. Das kaiserliche Handschreiben forderte zur militärischen Sicherung der Stadt Kasernenbauten und Wachthäuser. Die Gegner der Demolierung der Stadtbefestigung reagierten bitter: Erzherzog Rainer von Österreich (1827-1913) bezichtigte Bach, gegen das Militär zu operieren, und für Polizeiminister Kempen schienen die „Republikaner zu jubeln.“²⁸

Rudolf Eitelberger (1817-1885), erster Direktor des Museums für Kunst und Industrie, Mitglied der Beurteilungskommission, beteiligte sich an der Debatte um die Errichtung der Wiener Ringstraße. Als Mitglied dieses Entscheidungsgremiums dokumentierte er die preisgekrönten und ausgezeichneten Projektentwürfe. Er sah im Unterschied zu den Gegnern die Chance der Lösung vieler staatlicher und städtischer Bedürfnisse und forderte im Sinne einer überparteilichen Verantwortung folgende Prinzipien ein,

„welche aus dem Charakter einer Residenz hervorgehen, die in Wien vor Allen maßgebend sind. Denn Wien ist nur Wien, als ältesten Thrones Europas, als Mittelpunkt des neuen Österreich. Was Wien für die Monarchie ist, ist die Hofburg für Wien, der eigentliche Mittelpunkt der Stadt. Der Grundschlußstein wird dort gelegt werden.“²⁹

Das Allerhöchste Handschreiben war im neoabsolutistischen Stil abgefasst, ein Widerspruch nicht erlaubt, worauf Minister Bach umgehend zur Ausführung des kaiserlichen Befehls schritt. Das Handschreiben war bemerkenswert präzise und detailliert formuliert. Es beinhaltete die Auflassung aller Fortifikationen, den Verkauf der Gründe, die Reihenfolge der Demolierungs- und Bauarbeiten, die Berücksichtigung bereits entstehender Bauten (z.B. Votivkirche); es bestimmte Vorgaben für Plätze, Straßen und Verkehrslinien mit Brücken und sogar die Konstituierung einer Beurteilungskommission für den Architektenwettbewerb, welche die Vergabe von Preisgeldern für die ausgezeichneten Projekte durchführen sollte.³⁰ In dieser Aufzählung der öffentlichen Gebäude wurde die GRA nicht erwähnt. Dass für sie trotzdem ein eigenständiger Bau in einigen Projekten und im genehmigten Grundplan

²⁶ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 9. Siehe auch Baltzarek / Hoffmann / Stekl, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadterweiterung, 70-75.

²⁷ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 8.

²⁸ Baltzarek / Hoffmann / Stekl, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadterweiterung, 75.

²⁹ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 5.

³⁰ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 8.

vorgesehen wurde, ist einer separaten Betrachtung wert: Im Rahmen seiner Beauftragung durch den Kaiser fügte Innenminister Bach dem kaiserlichen Handbillet einen Anhang hinzu, der sich mit der „Concursausschreibung zur Erlangung eines Grundplanes“ befasste und Inhalte, Darstellungsdetails und Maßstäbe präziserte. Dieser Anhang vom 30. Jänner 1858 war mit „Vom k. k. Ministerium des Innern“ unterzeichnet. Dazu war ein Blatt beigelegt (Abb. 1), welches die Überschrift trug:

„Als Beilage des Programmes dienten folgende Andeutungen bezüglich jener für Staats- und sonstige öffentliche Zwecke erforderlichen Gebäude, auf welche die Concurrenten bei Ausarbeitung ihrer Projekte Rücksicht zu nehmen haben.“

Es war nicht datiert und nicht unterschrieben.³¹ In diesem Schreiben wurden die öffentlichen Gebäude noch einmal erwähnt und Punkt sechs lautete:

„Für Museen und Galerien mit Inbegriff der geologischen Reichsanstalt [Hervorhebung vom Verfasser] wäre eine Grundarea im Gesamt-Ausmaße von 4500-5300 Quadratklaftern in Anschlag zu bringen, wovon 2000-2400 Quadratklafter auf die Gemälde-, Münz-, Antiken- und Sculpturensammlungen und ebensoviel auf naturwissenschaftliche Sammlungen (zoologisches und Mineralien-Cabinet), dann beiläufig 500 Quadratklafter auf die Unterbringung der geologischen Reichsanstalt entfallen würden“.

So nützte Alexander Freiherr von Bach seinen ministeriellen Gestaltungsfreiraum im Sinne der k. k. Geologischen Reichsanstalt.³² Diese wichtige Beilage wurde den teilnehmenden Architekten des Preisausschreibens als Basis für ihre Arbeit überreicht, wodurch in der Folge die GRA tatsächlich in einigen Projekten namentliche Erwähnung und ihre Berücksichtigung in einer prestigeträchtigen Umgebung fand. Weitere an die Architekten gerichtete Vorgaben waren Pläne über Kanal- und Wasserleitungen, Beschreibungen und der „Katastralplan der Stadt Wien samt Vorstädten vom Jahre 1832“.

Dieser Plan beinhaltete eine Reihe von Festlegungen, die für das Projekt richtungsweisend waren. Das von den Stadtbefestigungen gewonnene ringförmige Areal reichte von den äußeren Häusern der Altstadt zur Stadtmauer mit den Bastionen, dem Graben und bis zum äußeren Rande des Glacis. Dieses Gelände sollte so gestaltet werden, wie es der Haupt- und Residenzstadt des 34 Millionen Einwohner zählenden Österreich-Ungarn angemessen war.

³¹ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 9-12.

³² Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 11. (500 Quadratklafter entsprechen ca. 1.800 m², Anm. des Verfassers.)

Der imperiale Anspruch hatte in der Tradition der Barockresidenz sichtbar zu werden. Zur Repräsentation des Kaiserhauses sollte die Ringstraße als breiter polygonaler Boulevard mit prestigeträchtigen Bauten und Parkanlagen um die Altstadt geführt werden, wobei der Willen vorhanden war, den Lastenverkehr auf die an der äußeren Grenze des Glacis verlaufenden Lastenstraße zu verbannen.³³

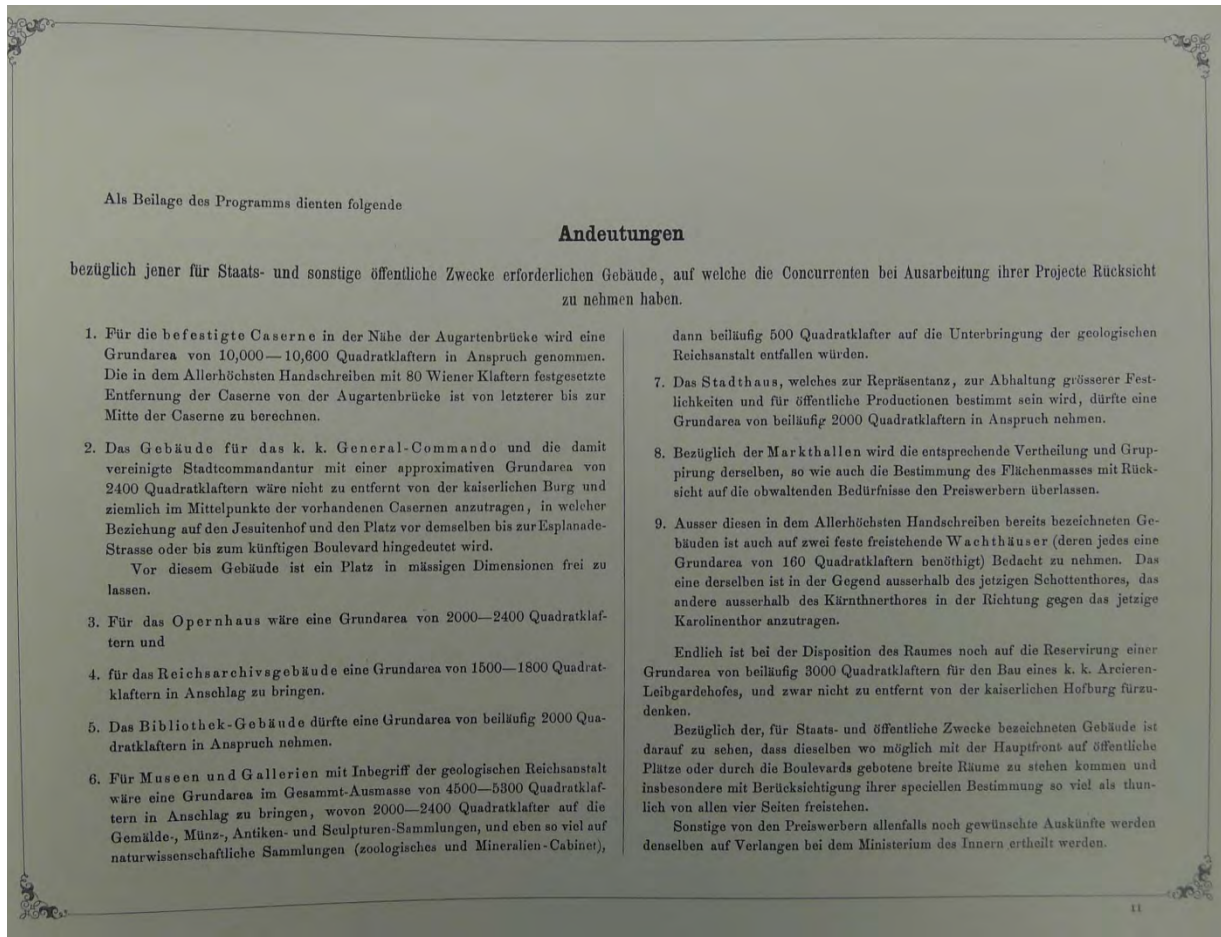


Abb. 1.

Die zweite Beilage zum Allerhöchsten Handschreiben vom 30. Jänner 1858. Sie stammte aus dem Innenministerium unter Minister Alexander Freiherr von Bach.³⁴

Große öffentliche Gebäude, freie Plätze und Wohnbauten für das Großbürgertum sowie Grünflächen und Alleen sollten die Prachtstraße säumen und damit ein besonderes soziales Raumgefüge bewirken.

³³ Die Lastenstraße war die (im Volksmund) als „Zweierlinie“ bezeichnete Verbindungsstrecke für Transporte. „Zweierlinie“ hieß sie deshalb, da hier von 1910 bis 1980 verschiedene Straßenbahnlinien mit der Nummer 2, zum Teil unterirdisch auf der heutigen Strecke der U-Bahnlinie U2 fuhr (E₂, G₂, H₂, J₂, O₂, R₂, S₂). Der Straßenzug verläuft von der Hinteren Zollamtsstraße über Invalidenstraße, Am Heumarkt, Lothringerstraße zum Karlsplatz und von dort über den Getreidemarkt, Museumstraße, Auerspergstraße und Landesgerichtsstraße zur Alser Straße bzw. Universitätsstraße in einer Entfernung von etwa 200 bis 400 Meter stadtauswärts parallel zur Ringstraße.

³⁴ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 11.

Neben der Repräsentation widmeten sich die Stadtplaner vorrangig den Verbindungen von den Vorstädten zur Altstadt und der Wohnraumbeschaffung.

Die städtischen Organe Wiens waren an diesem Prozess nur für Detailfragen zuständig und den staatlichen Organen weitgehend untergeordnet. Die Ausführung der Projekte erfolgte nach kapitalistischen Grundsätzen, doch die ziemlich komplexen Planungsarbeiten wurden, dem liberalen Zeitgeist entsprechend, durch eine öffentliche Ausschreibung vergeben. Den besten Projekten winkte eine Prämie, die für den ersten Preis „2000 Stück k. k. Münzducaten in Gold betragen sollten.“³⁵

An Innenminister Bach erging die Weisung, zwecks Ausführung der kaiserlichen Anordnung „sogleich das Entsprechende zu verfügen.“ Er handelte rasch und bereits am 30. Jänner 1858 waren die präzisen Vorgaben für die „Concursausschreibung“ fertiggestellt. Das in- und ausländische Interesse an dem Preisausschreiben war enorm. 509 „Concurrenten“ erhielten die Unterlagen, und 85 Entwürfe waren zeitgerecht, am 31. Juli 1858, eingelangt.

Eine „*Beurteilungskommission*“ wählte die besten Projekte aus, und Innenminister Bach verkündete am 10. Dezember die Preisträger. Nur ein Jahr hatte es gedauert, dass von der Veröffentlichung der Ausschreibung bis zur Detailplanung 85 Projekte ausgearbeitet, ausgewertet, beurteilt und prämiert wurden. Die Preisträger waren der Kinsky'sche Architekt Friedrich August Stache (1814-1895), Professor Ludwig Christian Friedrich Förster (1797-1863) und die k. k. Professoren Eduard van der Nüll (1812-1868) und August Sicard von Sicardsburg (1813-1868).

Da die Kommission alle drei Projekte mit dem Prädikat „ausgezeichnet“ beurteilte, aber keine Arbeit genau den Vorgaben entsprach, wurden die Preise zu gleichen Teilen auf die Preisträger ausbezahlt.

Die Projektausarbeitungen des k. k. Landesbaudirektors für die Steiermark Martin Ritter von Kink (1800-1877), des k. k. Sektionsrats Moritz von Löhr (1810-1874) und des Generaldirektors der k. preußischen Hofgärten Peter Joseph Lenné (1789-1866) fanden ebenfalls Beachtung und wurden zur Grundplanerstellung herangezogen.³⁶

Die Beschreibung der prämierten „Concursprojekte“

Nachstehend werden hier die sieben Projekte als Basis für die Grundplanerstellung betrachtet

³⁵ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 10.

³⁶ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 7.

und der Grundplan selbst beschrieben. Es ist aufschlussreich, wie die Architekten das räumliche Verhältnis zwischen den Bildungs- und Kunsteinrichtungen sahen und deren Verortung zum Hof und zur GRA in ihren Plänen konzipierten.

In der nachfolgenden Analyse sollen die räumlichen Positionen der Universität, der Museen und Galerien sowie der GRA zueinander und deren Entfernung zur Ringstraße sowie zur Hofburg beschrieben werden. Nur in drei Projektplänen (Förster [Abb. 2], Stache [Abb. 3] und Löhr [Abb. 4]) hatten die Architekten ein eigenes Gebäude für die GRA vorgesehen. Eine große Übereinstimmung in den sieben Projekten gibt es bei der Festlegung eines Standortes für das Universitätsgebäude. Am äußeren Rand des Glacis, nahe der Votivkirche, wird unabhängig von den Positionen der anderen zu betrachtenden Gebäude die Universität in gleicher Entfernung zwischen der Hofburg und der geplanten Defensivkaserne (heute Rossauerkaserne) verortet.

Die Übereinstimmung des Grundrisses in den verschiedenen Projektdarstellungen lässt auf Vorgaben während der Planungsphase schließen. Für den Standort der Oper gibt es in den sieben Projekten ebenfalls eine bemerkenswerte Übereinstimmung. Sie befindet sich bei vier Projekten in der Nähe des Hofgartens und bei drei Projekten an der Kärntnerstraße, wobei im Projekt Van der Nüll und Sicardsburg der dann tatsächlich realisierte Standort gewählt wurde. Die Museen und Galerien sind in fünf Projekten in der Nähe des Burgtores und in der Nähe der Oper vorgesehen. Ludwig Förster plante ein großes Gebäude am Schubertring und Martin Kink sah ein großes Gebäude am Schottenring in Nähe der Universität vor. Die GRA wird in vier Projekten allerdings nicht genannt. Auch wenn eine Unterbringung der GRA in den groß dimensionierten Museumsbauten vorstellbar war, wurde doch der Auftrag nach einem eigenen Gebäude nicht erfüllt. Förster plante für die Museen, die Hofbibliothek, das Reichsarchiv und die GRA einen großen gemeinsamen Gebäudekomplex, den Eitelberger so beschrieb:

„Auf dem Raume zwischen der Mondscheinbrücke hat Förster die Gebäude für Reichsarchiv, Bibliothek, Museum und die Geologische Reichsanstalt in eine durch Säulenhallen zusammenhängende Gebäudegruppe (12) gelegt. Er wurde dabei durch die Betrachtung geleitet, dass diese Vereinigung für Kunst und wissenschaftliche Institute ebenso vorteilhaft sei, als die Isolierung derselben von allen Wohngebäuden...“³⁷

³⁷ Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe, 19.

Tatsächlich sollten diese Gebäude von Parkanlagen, der äußeren Ringstraße und dem Wienfluss umgeben sein, und abgesehen vom gegenüberliegenden Kunstausstellungsgebäude ziemlich entfernt vom Opernhaus und von der Hofburg positioniert werden. Zum Gebäude der Universität, das Förster hinter die Votivkirche setzte, bestand für die GRA überhaupt keine räumliche Beziehung.

(Rechts ist der vergrößerte Ausschnitt der offiziellen Erklärung zum Projekt Ludwig Försters im rechten unteren Bildrand in Abbildung 2 zu sehen.)

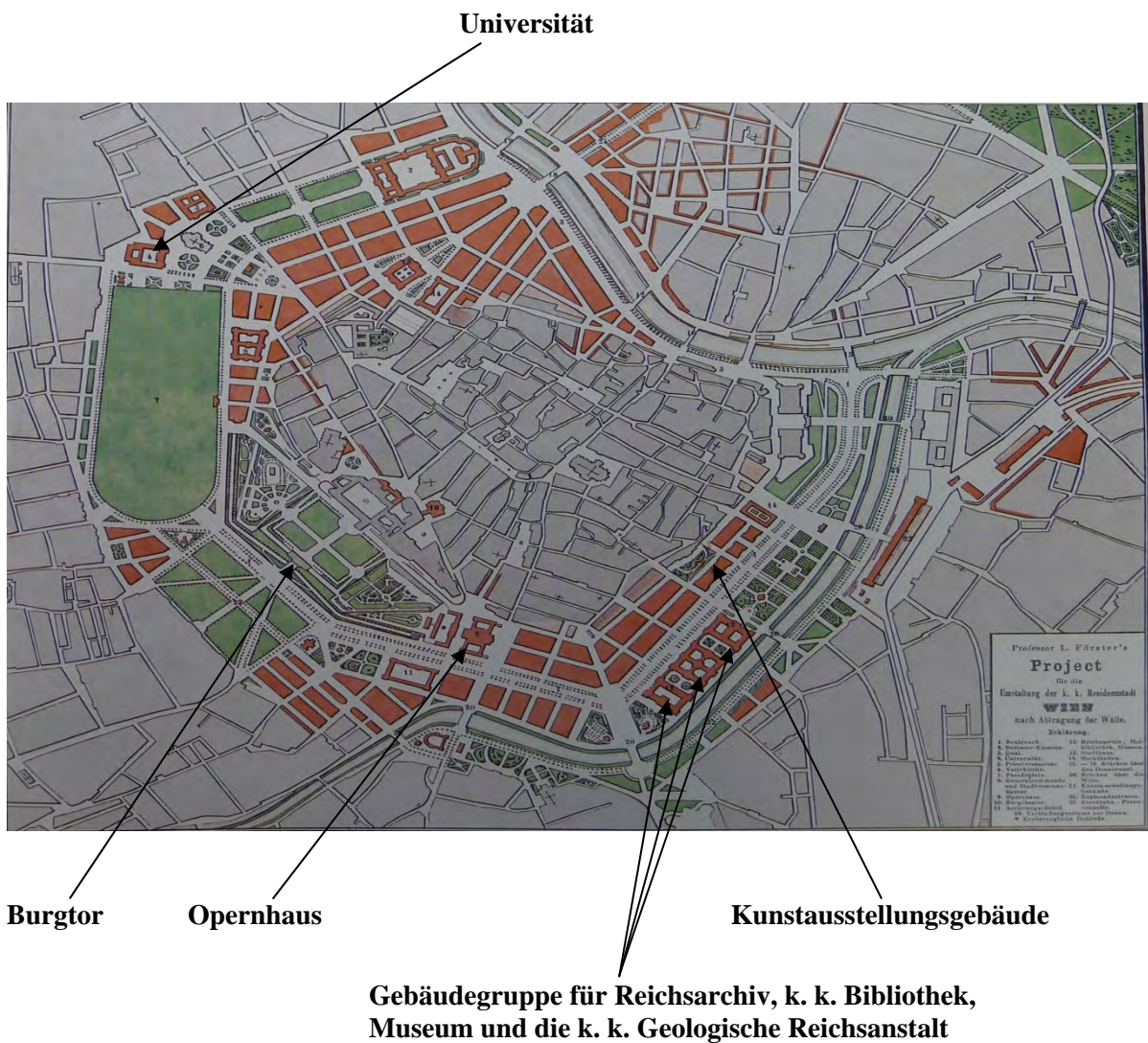


Abb. 2.
Das Projekt des Architekten Ludwig Förster zur Umgestaltung der k. k. Residenzstadt Wien.

Friedrich Stache sah für die k. k. Geologische Reichsanstalt ein eigenes, gut sichtbares Gebäude am Votivpark in der Nähe der Universität vor. Zu anderen öffentlichen Gebäuden bestanden große Abstände, sodass offenbar nur zur Universität eine räumliche Beziehung hergestellt worden wäre.

(Rechts ist der vergrößerte Ausschnitt der offiziellen Erklärung zum Projekt Friedrich Staches im rechten unteren Bildrand in Abbildung 3 zu sehen.)

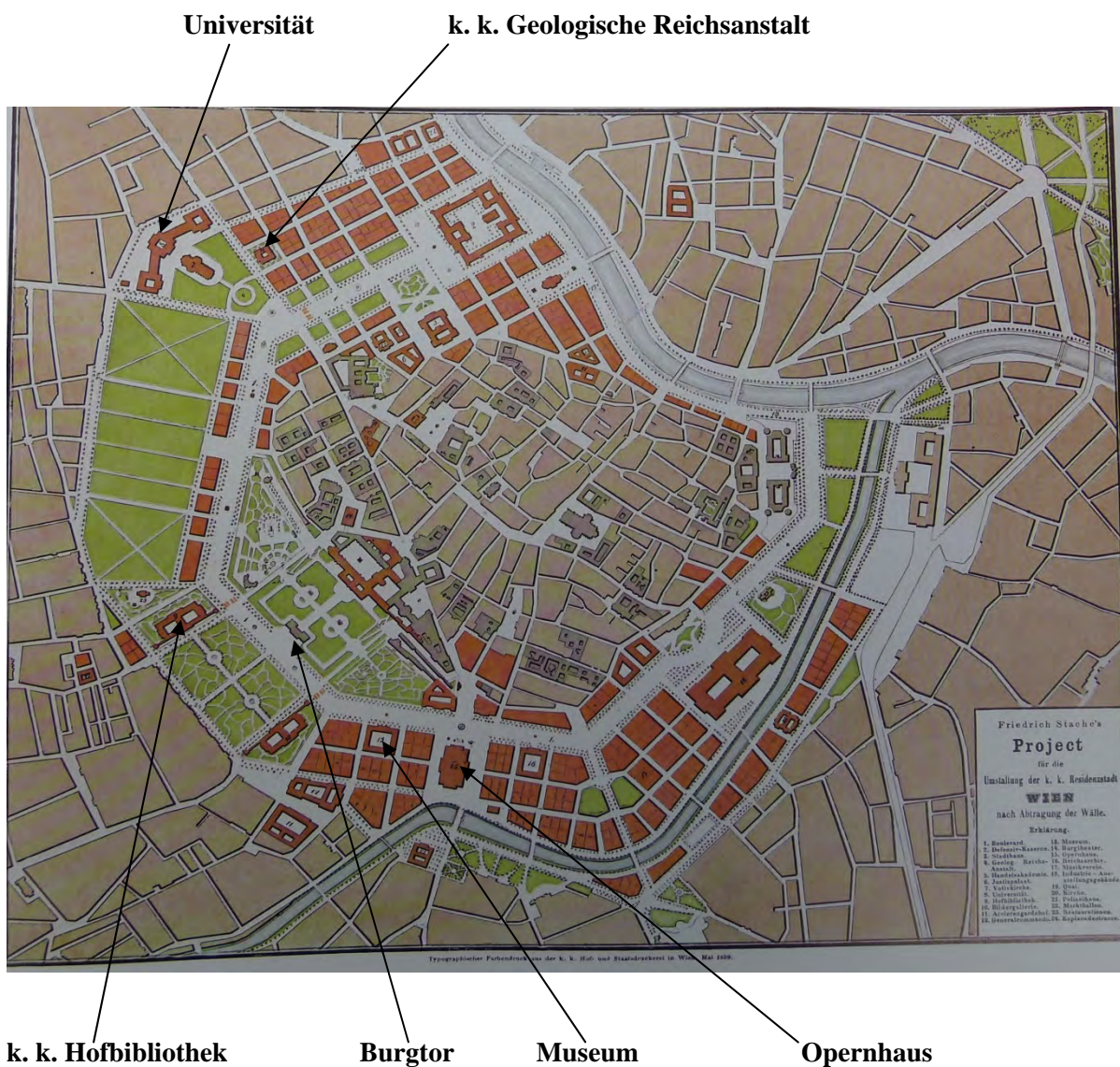


Abb. 3.
Projekt des Architekten Friedrich Stache zur Umgestaltung der k. k. Residenzstadt Wien.

Sektionsrat Moritz Löhr bot der k. k. Geologischen Reichsanstalt eine besonders prominente Platzierung, indem er direkt gegenüber dem Hofgarten die Gebäude für die Museen, das Reichsarchiv und die GRA so gruppierte, dass sich in ihrer Mitte ein schöner Platz für das Opernhaus ergab.

(Rechts ist der vergrößerte Ausschnitt der offiziellen Erklärung zum Projekt des kaiserlich königlichen Sektionsrates Moritz Löhr im rechten unteren Bildrand in Abbildung 4 zu sehen.)

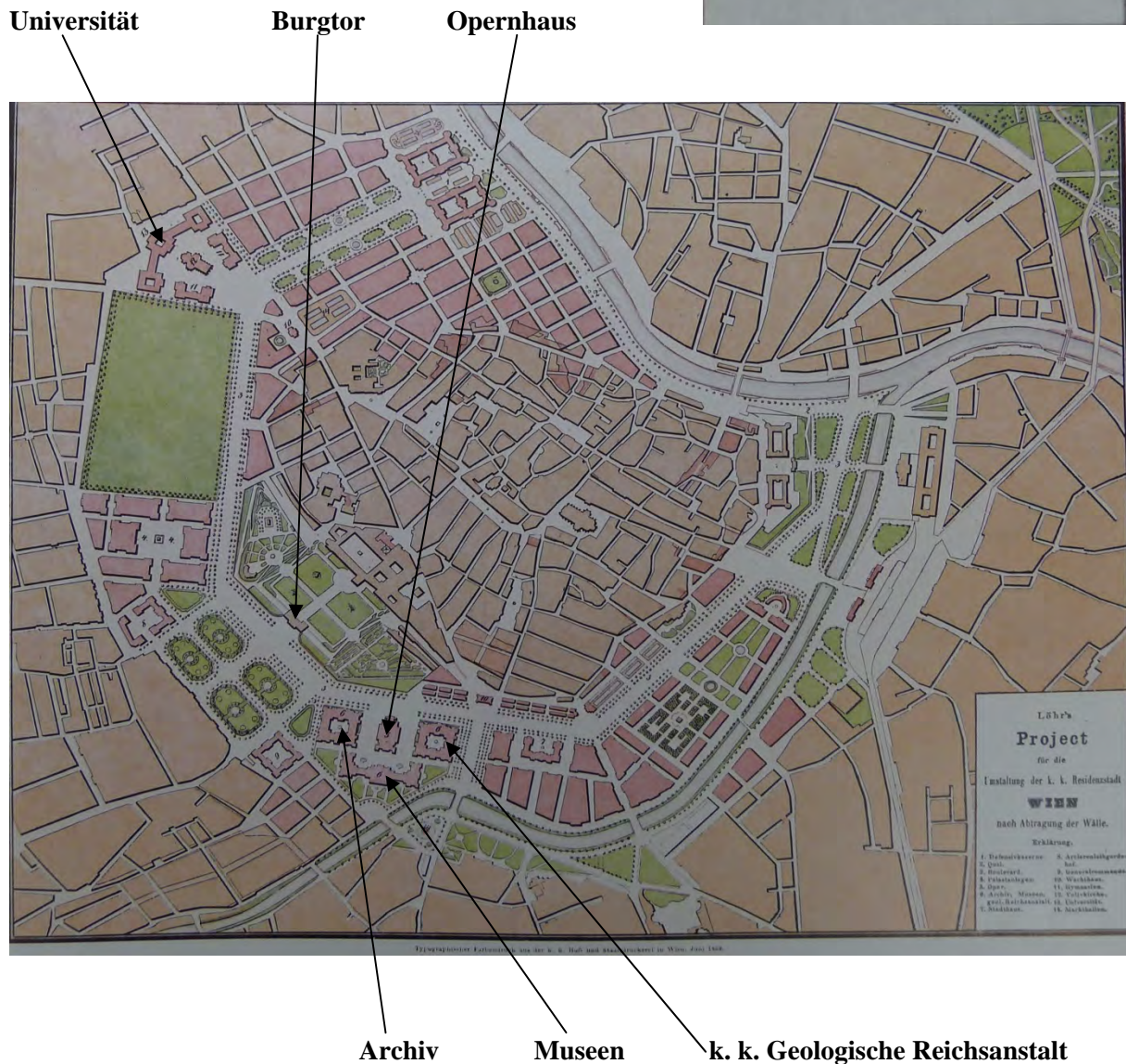


Abb. 4. Projekt des k. k. Sektionsrates Moritz Löhr zur Umgestaltung der k. k. Residenzstadt Wien.

Zum Ende des Wettbewerbes begannen auf Anordnung des Monarchen am 25. Dezember 1858 die Beratungen zur „Entwurfung eines Grundplanes unter Einbeziehung der preisgekrönten Projektsideen“³⁸, worauf im März 1859 und September 1859 von Allerhöchster Stelle noch Korrekturen angeordnet wurden.

Bereits am 21. August des Jahres war Innenminister Bach zurückgetreten, wodurch die GRA einen wichtigen Mentor verloren hatte. Dem neuen Innenminister Goluchowsky blieb es vorbehalten, Kaiser Franz Joseph den Grundplan (Abb. 5) zu präsentieren, der ihn am 8. Oktober genehmigte.³⁹ Bemerkenswert war, dass der Grundplan von den Teilnehmern der Kommission und vom Ministerrat einstimmig beschlossen worden war.

Der Grundplan von 1859

Der Grundplan wird heute noch als städtebaulich beispielgebend und gelungen bezeichnet. Er enthält die städtebauliche Grundstruktur mit den Verkehrswegen, die grobe Raumaufteilung, die Flächenwidmung sowie militärische Gesichtspunkte und berücksichtigt siebzehn neu zu errichtende öffentliche Gebäude auf dem Bereich zwischen Ringstraße, Lastenstraße und Franz-Josefs-Kai.

Im Bereich der Hofburg befinden sich neun öffentliche Gebäude, vier davon (Hof-Schauspielhaus, Opernhaus, k. k. Hofgebäude und k. k. Hofbibliothek) auf der Innenseite der Ringstraße und fünf auf der äußeren Seite der Ringstraße (Hof-Pavillon, k. k. Gardehof, k. k. Generalkommando und Stadtkommandantur, Museen und Galerien und die GRA).

In diesem von allen offiziellen Stellen genehmigten Grundplan existierte für die k. k. Geologische Reichsanstalt ein eigenes 1.000 m² großes Haus, das sich direkt an der Stelle befinden sollte, wo der Opernring in den Burgring übergeht, und schräg gegenüber dem Burgtor und der k. k. Hofbibliothek, unmittelbar vor dem Gebäude für Museen und Galerien und nur durch einen Häuserblock vom k. k. Generalkommando und der Stadtkommandantur getrennt positioniert. An dieser prominenten Lage wäre das Haus von Burg- und Opernring weithin sichtbar gewesen. Es war mit Abstand der beste und prestigeträchtigste Platz, welcher der k. k. Geologischen Reichsanstalt jemals zugeordnet wurde (Abb. 5).

³⁸ Kurt Mollik / Hermann Reining / Rudolf Wurzer, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone. (Wiesbaden 1980). In: Renate Wagner-Rieger (Hg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph. Insgesamt 11 Bände, hier Band 3, 148.

³⁹ Mollik / Reining / Wurzer, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone, 156.

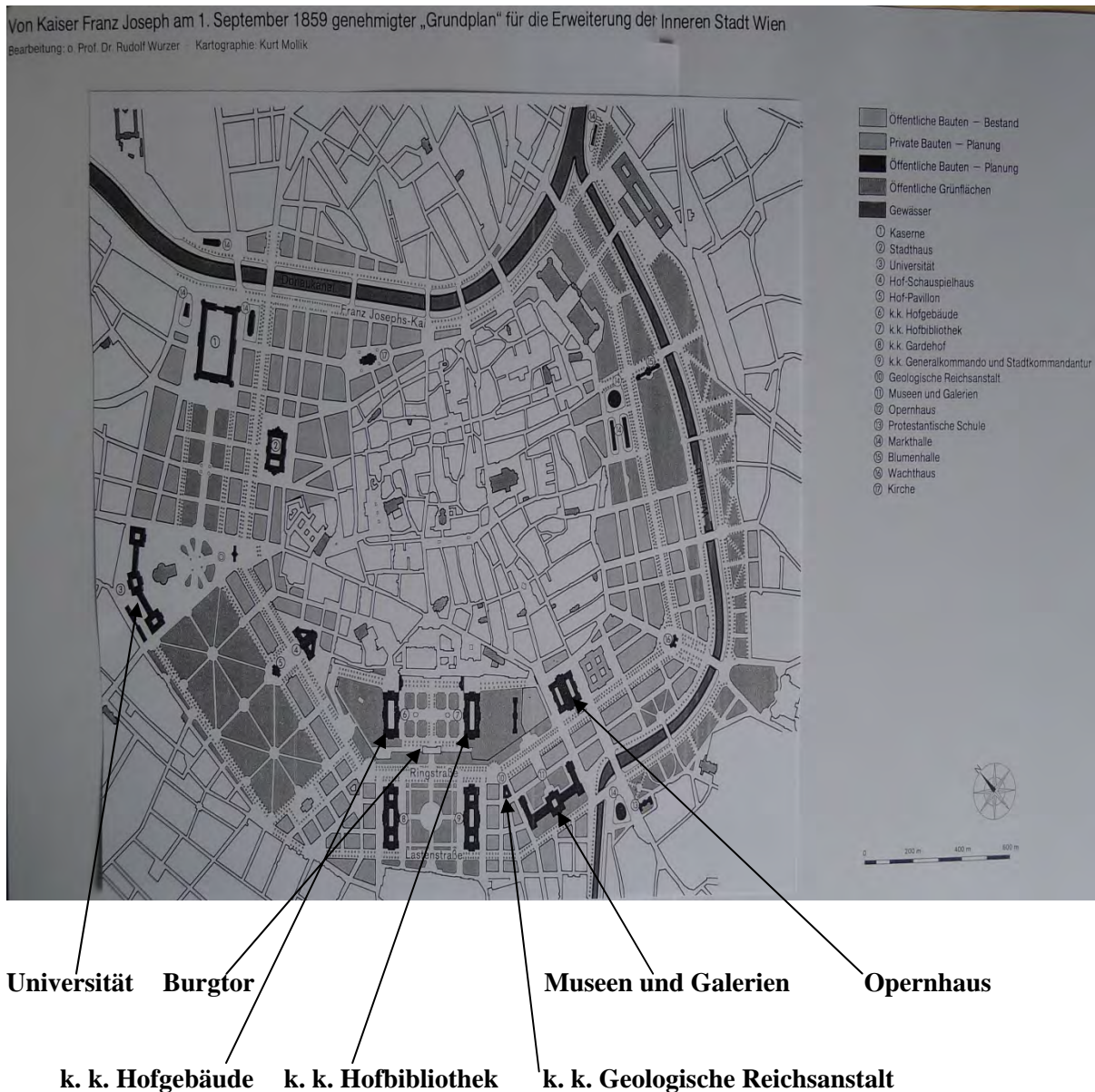


Abb. 5.

Der Grundplan zur Erweiterung der Inneren Stadt Wien. Genehmigt von Kaiser Franz Joseph I. am 1. September 1859. Bearbeitet von Rudolf WURZER, Kartographie: Kurt MOLLIK.

Deutungen aus der Sicht der Stadtsoziologie

Allgemein meint die Stadtsoziologin Martina Löw, dass jede Stadt, oder in diesem Fall der Ringstraßenboulevard, nicht nur ein passives Objekt darstellt, sondern reflektiv auf die Gebäude mit ihren Bewohnern und Firmen, Unternehmen oder Anstalten wirkt und damit einen „Niederschlag der Gesellschaft“ vermittelt.⁴⁰

⁴⁰ Martina Löw, *Soziologie der Städte* (Frankfurt a. M. 2008) 240f.

Mit der Ringstraße und den im Bau befindlichen Gebäuden war ein Raum im Entstehen, der sich an den bestehenden Prunkbauten der Hofburg orientierte und eben durch diese neuen städtischen, kulturellen und militärischen Einrichtungen, Grünflächen mit Denkmälern und neuen Verkehrsadern gebildet wurde. Die „Vorstellungs-, Wahrnehmungs- und Erinnerungsprozesse“ der Gesellschaft bewirkten eine Syntheseleistung, wodurch die Bauten zu sozialen Gütern wurden. Die Syntheseleistung ermöglichte es, Ensembles sozialer Güter und Menschen zusammenzufassen, die, im Falle des Wiener Stadterweiterungsprozesses, die Ringstraße und ihre Gesellschaft erst entstehen ließen.⁴¹

Im praktischen Handlungsvollzug war die Syntheseleistung mit ihren Platzierungsprozessen wie Zuordnen, Einplanen, Bauen oder Errichten verbunden, die auch umgekehrt wirkten.⁴² Eine der Gemeinsamkeiten der sozialen Organisation kann die Gemeinsamkeit des Raumes darstellen. Die räumliche Bezugseinheit stellt ein Merkmal für die soziale Organisation dar; Raum strukturiert, er wirkt auf soziale Organisationen und bewirkt soziale Interaktionen. Durch „Nähe und Distanz“ lässt sich ableiten, wer zu einer Gruppe gehört und wer nicht, wobei Raum prägend und kanalisierend auf das soziale Verhalten wirkt.⁴³ Raum ist zweckvolle Anordnung von Sachen, die ihrerseits Träger sozial relevanter Informationen sind. Straßen, Plätze, Gebäude oder Bäume tragen die Regeln ihrer Benutzung bzw. „Gebrauchsanweisung“ in sich, beeinflussen soziales Verhalten und konstituieren soziale Verhältnisse. Dadurch werden bestimmte Verhaltensweisen durch interpretierende Wahrnehmung angeboten oder ausgeschlossen. Räume und ihre Verortung sind wesentliche Elemente jeder sozialen Struktur“, sie sind „materiell verfestigte Strukturen.“⁴⁴ Soziale Segregation der Bevölkerung, die räumliche Ungleichverteilung, kann in allen bekannten Städten beobachtet werden. Faktorialökonomische Untersuchungen haben vielfach nachgewiesen, dass sich die räumliche Segregation der städtischen Wohnbevölkerung vor allem nach drei Merkmalsbündeln vollzieht, nämlich der sozialen Schichtzugehörigkeit (Einkommen, Prestige, Bildung, Macht), der Stellung im Familienzyklus (Alter, Zivilstand, Kinderzahl, Haushaltsgröße) und der ethnischen Zugehörigkeit (Rasse, Nationalität, Religion, Sprache):

„Die räumliche Segregation ist umso ausgeprägter, je größer die soziale Distanz ist.“⁴⁵

⁴¹ Martina Löw, Raumsoziologie (Frankfurt a. M. 2001), 224.

⁴² Löw, Raumsoziologie, 225.

⁴³ Bernd Hamm / Ingo Neumann, Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Ökologische Soziologie, Band 2 (Opladen 1996) 53.

⁴⁴ Hamm / Neumann, Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie, 55-60.

⁴⁵ Hamm / Neumann, Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie, 205f.

Unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus der Raumsoziologie lassen sich die wesentlichen Vorteile eines Standortes an der Ringstraße darstellen. Demgemäß hätte sich nicht nur eine verbesserte Wahrnehmung der GRA in der Öffentlichkeit ergeben, sondern es hätte durchaus eine Wechselbeziehung zwischen dem „Raum Ringstraße“, den Beschäftigten der GRA und ihren Auftraggebern in allen „Richtungen“ zu wirken begonnen.

Die Abänderungen des Grundplanes

In der Phase der Detailplanungen kam es zu mehreren Änderungen. Auf dem Platz vor dem Burgtor wurden auf Anraten Ludwig Försters an Stelle der gegenüber dem Burgtor situierten Gebäude für den k. k. Gardehof und das k. k. Generalkommando und Stadtkommandantur die zwei Museumsbauten so gesetzt, wie es dem heutigen Straßenbild entspricht. Der weitere Ablauf des Stadterweiterungsprojektes (Genehmigung des Grundplanes vom 3. Oktober 1859) sollte die sichere Annahme, dass die GRA ein eigenes, freistehendes Gebäude an der Ringstraße erhält, relativieren. Weitreichende Projektänderungen, die durch die Detailplanung der einzelnen Bauabschnitte immer wieder notwendig waren, bewirkten, dass 1862 im Zuge der Planung der „*neuen Baugründe vor dem Burgplatz*“ ein ganzer Straßenzug und das Gebäude der k. k. Geologischen Reichsanstalt ersatzlos gestrichen wurden.⁴⁶

Die Ära des langjährigen Förderers, des Innenministers Alexander von Bach, war bereits drei Jahre vorher zu Ende gegangen. Nach dem Rücktritt des Innenministers Gołuchowsky erreichte sein Nachfolger Anton von Schmerling mit dem kaiserlichen Dekret vom 15. Mai 1861 die Rücknahme des seinerzeitigen Zusammenschlusses der GRA mit der Akademie der Wissenschaften und die GRA konnte im Palais Rasumofsky verbleiben. Bei den Abänderungen des Grundplanes im Jahr 1862 fand sich kein mächtiger Förderer mehr, der auf ein Ringstraßengebäude für die GRA bestanden hätte. Ein eigenes repräsentatives Bauwerk wäre aber nicht nur eine Form öffentlichen Sichtbarmachung, sondern auch eine Maßnahme zur Sicherung der Existenz der Institution gewesen. Es dauerte bis 1873, dass der Staat das Palais Rasumofsky am 23. Juni kaufte⁴⁷ und dadurch der GRA eine dauerhafte Unterbringung ermöglichte. Es war ein schwieriger Weg, der allerdings nicht an der Ringstraße, sondern im fürstlichen Vorstadt-Palais Rasumofsky endete, in dem die k. k. Geologische Reichsanstalt bis zum Februar 2005 ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten ausführen konnte.

⁴⁶ Mollik / Reining / Wurzer, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone, 217.

⁴⁷ Girardi, Das Palais Rasumofsky, 44.

Abschließend findet sich eine Übersicht der Historie der k. k. Geologischen Reichsanstalt von 1805 bis 1873 in Form einer Zeittafel (Abb. 6).

Zeittafel	
1806 bis 1807	Errichtung des Palais Rasumofsky durch den Architekten Louis Montoyer.
1830 bis 1840	Bau des k. k. Hauptmünzamt und des Hauptzollamt außerhalb der Altstadt Wiens.
1835	Das k. k. Montanistische Museum wird im Hauptmünzamt untergebracht.
1837	20. Mai: Fürstin Rasumofsky vermietet das Palais dem Fürsten Alois II von Liechtenstein.
1838	31. Dezember: Fürst Liechtenstein kauft das Palais Rasumofsky.
1841	Haidinger wird Leiter des k. k. Montanistischen Museums.
1848	Revolution, Kaiser Ferdinand überlässt Franz Joseph die Regierungsgeschäfte.
1849	15. Mai: Kaiserlicher Erlass zur Gründung der k. k. Geologischen Reichsanstalt und deren Unterbringung im Hauptmünzamt, das k. k. Montanistische Museum geht mit dem Personal und den Sammlungen in die k. k. Geologische Reichsanstalt über.
1851	Der Staat mietet das Palais Rasumofsky für die k. k. Geologische Reichsanstalt und eine Realschule, die im Nebentrakt untergebracht wird.
1853	Auflösung des Ministeriums für Landescultur und Bergwesen, die k. k. Geologische Reichsanstalt wird dem Innenministerium unter Minister Alexander Freiherr von Bach zugeordnet.
1857	Eduard Suess wird erster Inhaber der Lehrkanzel für Paläontologie an der Universität Wien.
1858	20. Dezember: Allerhöchstes Handschreiben zur Stadterweiterung. Concursausschreibung zur Erlangung eines Grundplanes, von Innenminister Bach erstellt, mit einer Beilage, in der erstmals ein eigenes Gebäude für die k. k. Geologische Reichsanstalt im Ausmaß von 500 Quadratklaftern berücksichtigt ist. Beurteilungskommission für die 85 eingelangten Entwürfe wird gegründet.
1859	25. Dezember: Die Beratungen für den Grundplan beginnen. 21. August: Innenminister Bach tritt zurück und Agenor Graf Goluchowsky wird Innenminister.
1860	Organisatorische Eingliederung der k. k. Geologischen Reichsanstalt in die k. k. Akademie der Wissenschaften in Wien.
1861	Rücknahme der Eingliederungsmaßnahmen, die k. k. Geologische Reichsanstalt verbleibt als selbstständige Institution.
1862	Gründung des Geologischen Instituts an der Universität Wien.
1869	Die in den Räumen des Laboratoriumtraktes untergebrachte k. k. Oberrealschule verlässt das Palais und ein Realgymnasium (wird später ein humanistisches Gymnasium) übernimmt die Räume bis 1877, wonach der Umzug in die Kundmangasse erfolgt.
1873	23. Juni: Der Staat kauft das Palais Rasumofsky um 640.000 Gulden.

Abb. 6.
Zeittafel der historisch wichtigen Ereignisse in Bezug auf die k. k. Geologische Reichsanstalt von 1805-1873.

Quellenverzeichnis

Christina *Bachl-Hofmann*, Die Geologische Reichsanstalt von 1849 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: Christina *Bachl-Hofmann* / Tillfried *Cernajsek* / Thomas *Hofmann* / Albert *Schedl* (Red.), Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre im Dienste Österreichs (1849-1999) (Wien 1999) 55-77.

Franz *Baltzarek* / Alfred *Hoffmann* / Hannes *Stekl*, Wirtschaft und Gesellschaft der Stadterweiterung (Wiesbaden 1975). In: Renate *Wagner-Rieger* (Hg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph. Insgesamt 11 Bände, hier Band 5, 432 S.

Tillfried *Cernajsek*, Die geowissenschaftliche Forschung in Österreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Christina *Bachl-Hofmann* / Tillfried *Cernajsek* / Thomas *Hofmann* / Albert *Schedl* (Red.), Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre im Dienste Österreichs (1849-1999) (Wien 1999) 41-54.

Rudolf *Eitelberger von Edelberg*, Die preisgekrönten Entwürfe zur Erweiterung der Inneren Stadt Wien: mit sieben in der Kaiserlich-Königlichen Hof- und Staatsdruckerei in Farbendruck ausgeführten Plänen und einem erläuterndem Texte / von R. v. E. – Faks.-Dr. d. Ausg. Wien 1859 (Wien 1981) 37 S.

Margarete *Girardi*, Das Palais Rasumofsky. Geschichte und Schicksale eines Alt-Wiener Palastes (Wien 1937) 56 S.

Bernd *Hamm* / Ingo *Neumann*, Siedlungs-, Umwelt- und Planungssoziologie. Ökologische Soziologie, Band 2 (Opladen 1996) 432 S.

Wolfgang *Häusler*, „Bunte Steine“. Bildungs- und sozialwissenschaftliche Aspekte der österreichischen Erdwissenschaften im Zeitalter der bürgerlichen Revolution. In: Christina *Bachl-Hofmann* / Tillfried *Cernajsek* / Thomas *Hofmann* / Albert *Schedl* (Red.), Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre im Dienste Österreichs (1849-1999) (Wien 1999) 19-40.

Karl *Kadletz*, „Krisenjahre“ zwischen 1849 und 1861. In: Christina *Bachl-Hofmann* / Tillfried *Cernajsek* / Thomas *Hofmann* / Albert *Schedl* (Red.), Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre im Dienste Österreichs (1849-1999) (Wien 1999) 78-92.

Marianne *Klemun*, „Die Gestalt der Buchstaben, nicht das Lesen wurde gelehrt“. Friedrich Mohs' „naturhistorische Methode“ und der mineralogische Unterricht in Wien. In: ÖGW (2004) 43-60.

Marianne *Klemun*, National „Consensus“ As Culture and Practice: The Geological Survey in Vienna and the Habsburg Empire (1849-1867). In: Mitchell G. *Ash* / Jan *Surman* (Hg.), The Nationalization of Scientific Knowledge in the Habsburg Empire, 1848-1918 (New York 2012) 83-101.

Elisabeth *Lichtenberger*, Wirtschaftsfunktion und Sozialstruktur der Wiener Ringstraße (Wien/Köln/Graz 1970). In: Renate *Wagner-Rieger* (Hg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph. Insgesamt 11 Bände, hier Band **5**, 268 S.

Martina *Löw*, Raumsoziologie (Frankfurt a. M. 2001) 307 S.

Martina *Löw*, Soziologie der Städte (Frankfurt a. M. 2008) 292 S.

Martina *Löw* / Silke *Steets* / Sergej *Stoetzer*, Einführung in die Stadt und Raumsoziologie (Opladen/Farmington Hills 2008) 214 S.

Hans *Magenschab*, Erzherzog Johann. Bauer. Bürger. Visionär. (Wien/Graz/Klagenfurt 2008) 288 S.

Kurt *Mollik* / Hermann *Reining* / Rudolf *Wurzer*, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone. (Wiesbaden 1980). In: Renate *Wagner-Rieger* (Hg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph. Insgesamt 11 Bände, hier Band **3**.

Annelore *Rieke-Müller*, Bilder der Schöpfung – Repräsentation der Welt in Sammlungen im konfessionellen Kontext der Frühen Neuzeit. In: Veronika *Hofer* / Marianne *Klemun* (Hg.), Bildfunktionen in den Wissenschaften (=Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit, 7. Jg. 2007 Heft 1) 8-21.

Philipp *Schlesinger*, Lobkowitz, August Longin Fürst von. In: Constantin v. *Wurzbach*, Biographisches Lexikon, Bd. **15** (Wien 1866) 337-340.

Elisabeth *Springer*, Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße. (Wiesbaden 1979). In: Renate *Wagner-Rieger* (Hg.), Die Wiener Ringstraße. Bild einer Epoche. Die Erweiterung der Inneren Stadt Wien unter Kaiser Franz Joseph. Insgesamt 11 Bände, hier Band **2**, 663 S.

Rudolf *Wurzer*, Einleitung. In: Rudolf *Eitelberger von Edelberg*, Die preisgekrönten Entwürfe zur Erweiterung der Inneren Stadt Wien: mit sieben in der Kaiserlich-Königlichen Hof- und Staatsdruckerei in Farbendruck ausgeführten Plänen und einem erläuternden Texte / von R. v. E. – Faks.-Dr. d. Ausg. Wien 1859 (Wien 1981) 37 S.

<http://de.encarta.msn.com> (abgefragt am 06.06.2011).

info@wiener-schatzkammer.at (abgefragt am 03.06.2011).